

Beschluss der Landesmitgliederversammlung

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg

Samstag, 27. Oktober 2018 in der Beruflichen Medienschule Hamburg-Wandsbek

Von der Hafenstadt zum Labor für die Welt: Hamburg durch Bildung und Wissenschaft zukunftsfähig machen

Die Geschwindigkeit des Fortschritts nimmt zu, technische und gesellschaftliche Entwicklungen vollziehen sich immer öfter schlagartig. Innovationen lösen jahrzehntelang erfolgreiche Produkte oder Dienstleistungen über Nacht ab und erschließen gleichzeitig völlig neue Möglichkeiten und Chancen. Hamburg steht zudem vor der Herausforderung einen strukturellen Wandel von der Hafenstadt zur Metropole des Wissens zu vollziehen, um auch langfristig den Wohlstand unserer Gesellschaft zu erhalten. Als offene und kreative Stadt hat Hamburg allerbeste Voraussetzungen, diese Entwicklung zum Wohle der Menschen zu gestalten. Bildung hat darüber hinaus jedoch auch die Funktion inne, das Recht auf persönliche Entfaltung jedes Individuums und der gesellschaftlichen Teilhabe zu stärken und eine Grundlage für eine Mitgestaltung und Verantwortungsübernahme für eine nachhaltige Entwicklung sowie eine offene und vielfältige Gesellschaft zu schaffen.

Wir GRÜNE haben bildungspolitische Vorschläge entwickelt, wie in Hamburg ein solcher Weg hin zu einer kreativen Wissenschaftsstadt gehen kann.

I. Kompetenz als Kompass, Ideen als Segel: Bildung und Wissenschaft machen Hamburg zukunftsfähig

Die Zeit enger Bildungs- und Berufswege ist vorbei. Stattdessen verstehen wir Bildung als einen lebenslangen Prozess für alle Menschen. Dieser ist darauf ausgerichtet, freie Persönlichkeitsentfaltung zu ermöglichen, Talente zu fördern, gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren, demokratisches Zusammenleben zu ermöglichen und an der Entwicklung vielfältiger Kompetenzen zu arbeiten. So kann man angesichts sich stetig wandelnder Herausforderungen in einer globalisierten Welt gemeinsam Zukunft gestalten. Neugier, Veränderungsbereitschaft und ein klarer Blick für die großen Linien sind deshalb mehr denn

je wichtige menschliche Eigenschaften, die ein Bildungssystem fördern sollte. Voraussetzung dafür ist ein grundlegend transformiertes Bildungsverständnis, dass die individuelle Kompetenzentfaltung jedes Menschen als wichtigste Grundlage für Lebensqualität und Zusammenhalt in der Stadt erkennt und fördert. Letzten Endes bedarf es dafür einer hervorragenden Infrastruktur in Bildung. Die Zukunftsfähigkeit Hamburgs liegt vor allem in Bildung und Wissenschaft und ihrem Beitrag zum Allgemeinwohl. Hamburg wird Metropole der Bildung und Labor für die Welt. Drei grüne Senatorinnen, Katharina Fegebank und Krista Sager für die Wissenschaft sowie Christa Goetsch für Schule und Berufsbildung, haben diese zukunftsweisende Veränderung eingeleitet und konsequent verfolgt. Wir verzeichnen erste Erfolge, müssen aber das Ziel weiterhin fest im Blick behalten.

Wir GRÜNE betrachten Bildung deshalb als wesentliches Feld politischen Handelns in dieser Stadt, auf dem das persönliche Recht auf individuelle Entfaltung jedes Individuums und der gesellschaftlichen Teilhabe gestärkt wird.

1. Bildung als ein persönliches Recht auf individuelle Entfaltung

Angesichts der enormen gesellschaftlichen Herausforderungen ist der Zugang zu Bildung für alle Menschen unabhängig des Alters notwendig, um die eigene Handlungsfähigkeit beim Umgang mit Veränderungen zu erlernen und so die Verhältnisse nach ökologischen und sozialen Maßstäben zu gestalten. Hierfür ist es auch wichtig, Handlungsoptionen und Fähigkeiten unkonventionellen und kreativen Denkens zu fördern. Bildung soll darüber hinaus jeden Menschen dazu befähigen, ein selbstbestimmtes und empathisches Leben in unserer Gesellschaft in gemeinsamer Verantwortung zu führen.

Das „Lernen zu lernen“ und die Neugierde am forschenden Lernen zu erhalten sind dabei grundlegende Ziele von Bildung. Bildung muss Menschen ebenfalls ermöglichen, kritisch, reflektiert und systematisch zu denken und sich so individuell fachlich sowie sozial voll zu entfalten. Denn letztendlich sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene etwas lernen – dies ist ein wichtiger Baustein für ein selbstbestimmtes und glückliches Leben.

2. Bildung als gesellschaftliche Grundlage einer mündigen Bevölkerung

Bildung findet immer im Verhältnis von Individuum und Gesellschaft statt. Die Überzeugungskraft rationaler Argumente und wissenschaftlicher Methoden als Instrumente (politischer) Urteilsbildung ist angesichts der herrschenden „Meinungsmache“ und zunehmender Skepsis gegenüber Fakten dabei heute wichtiger denn je. Für uns steht die Sensibilität für eine Verantwortungsübernahme nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere, die Gesellschaft, die Umwelt und kommende Generationen im Vordergrund.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der sich Menschen möglichst frei denkend, kreativ, verantwortlich, sozial, umweltbewusst, demokratisch, tolerant und aufgeklärt in das gesellschaftliche Leben einbringen können. Für eine solche aktive Mitgestaltung einer nachhaltigen Entwicklung wird der Grundstein in der Bildung als gemeinsame Durchdringung der gesellschaftlichen Verhältnisse gelegt. Dazu gehören Bildungsimpulse, um demokratische Werte als Common Sense der Gesellschaft stetig zu verfestigen und diese so als Grundlage für eine offene und vielfältige Gesellschaft kontinuierlich abzusichern.. Die Bildung von gleichberechtigten sowie demokratischen Bürger*innen und die Auseinandersetzung mit Werten sowie Kompetenzen zur demokratischen Urteilsbildung stellen die fundamentale Grundlage für den Grundlage für eine offene und vielfältige

Gesellschaft abzusichern. Die Bildung von gleichberechtigten sowie demokratischen Bürger*innen und die Auseinandersetzung mit Werten sowie Kompetenzen zur demokratischen Urteilsbildung stellen die fundamentale Grundlage für den Erhalt der Demokratie dar. Sie müssen aus unserer Sicht integraler Bestandteil der Arbeit aller Bildungseinrichtungen in unserer Stadt sein.

3. Bildung als Grundlage von Teilhabe und Erfolg im Leben und Beruf

Wir verteidigen das Grundrecht auf Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb wehren wir uns auch gegen Versuche der Wirtschaft, Inhalte von Bildungsangeboten zu bestimmen. Wir setzen uns dafür ein, sich aus reiner Neugierde zu bilden. Denn genauso wie unser Leben nicht nur aus Arbeit besteht und unsere Gesellschaft sich nicht nur auf ihre Wirtschaft reduzieren lässt, kann es nicht die alleinige Aufgabe von Bildungseinrichtungen sein, Menschen für ihr Berufsleben zu qualifizieren. Humane Lebensqualität wird viel mehr von demokratischer Teilhabe, ausgelebter Neugierde, kritisch reflektiertem Wissen und dem Wahrnehmen gesellschaftlicher Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung getragen. Menschen in Hamburg dabei zu unterstützen, diese Fähigkeiten (weiter) zu entwickeln ist aus unserer Sicht eine wichtige Aufgabe der Bildungseinrichtungen in unserer Stadt.

II. Unsere Ziele und Visionen für eine Bildung von morgen

Unsere wichtigsten Ziele sind:

- Neugierde am Lernen erhalten und stärken
- Potenziale nutzen und persönliche Entfaltung fördern
- Selbstbestimmung und –verantwortung stärken
- Mündige und kritische Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft begünstigen
- Bildung vom Menschen und nicht von Institutionen aus denken
- Partizipation am gesellschaftlichen Leben ermöglichen
- Bildungsgerechtigkeit verwirklichen
- Nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft mitgestalten

Aktuell ist unser Bildungssystem noch nicht ausreichend partizipatorisch, inklusiv und gerecht. Wir wollen daher eine demokratische Bildungskultur fördern, die sich durch gegenseitigen Respekt, Wertschätzung der Akteure und eine offene Feedbackkultur auszeichnet. Unsere Vision ist deshalb eine Transformation von Lern- und Lehrumgebungen, um eine solche demokratische Kultur des Lernens in allen Bildungseinrichtungen unserer Stadt zu stärken.

Wie viele andere deutsche und internationale Metropolen steht Hamburg darüber hinaus vor den Herausforderungen von Integration, Digitalisierung und demografischem Wandel. Diese haben gemeinsam, dass sie erstens unaufhaltsam, zweitens in ihrem Verlauf und ihrer Dynamik heute kaum vorhersehbar sind, drittens bei immensen Chancen gleichzeitig auch große Risiken bergen und viertens unsere Zukunft entscheidend prägen werden. Während diese Veränderungen für rechte Kräfte Anlass zu Hetze und Ausgrenzung ist, stehen wir GRÜNEN zu einer weltoffenen, toleranten, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Daher gilt für uns GRÜNE diesen vier Herausforderungen gesellschaftlicher Entwicklung

auch im Bildungsbereich unsere volle Aufmerksamkeit. Wir werden die daraus resultierenden Veränderungen positiv gestalten. Dem Rechtsruck sowie dem Populismus, zwei aktuellen Schlüsselproblemen unserer Gesellschaft, werden wir unter anderem durch Stärkung des Bildungsbereichs und damit auch besserer Perspektiven für das eigene Berufsleben aktiv begegnen.

Neben den grundsätzlichen strukturellen Visionen und dem allgemeinen Bildungsverständnis schreiben wir GRÜNEN bestimmten Lerninhalten eine besondere Relevanz zu. So müssen auch vor dem Hintergrund der drei Trendbewegungen unserer Gesellschaft, sowie zur Stärkung einer offenen demokratischen Gesellschaft folgenden Themenfeldern inhaltliche eine besondere Bedeutung in Bildungsprozessen zukommen.

- Digitalisierung mit den daraus hervorgehenden Fragestellungen nach der zukünftigen Arbeit, der Wissensweitergabe und Informationsweitergabe, Sicherheit und persönliche Freiheitsrechte sowie der globalen Verbundenheit der Menschen dieser Welt.
- Bildung zu ökologischen und sozialen Themen mit der damit einhergehenden grundlegenden Auseinandersetzung mit dem nachhaltigen Zusammenleben der Menschen aus einer ökologischen und sozialen Perspektive in Bezug auf Themen wie Klimawandel, Biodiversität und nachhaltigen Konsum.
- Allgemeiner politischer sowie europäischer / globaler Bildung mit daraus resultierenden Themenfeldern wie der Relevanz und der praktischen Umsetzung von Demokratie, wie dem globalisierten Wirtschaftssystem, sowie wie der allgemeinen Auseinandersetzung mit Menschenrechten in einer globalisierten Welt.
- Künstlerische und kreative Bildung und die damit einhergehende Auseinandersetzung mit Innovation, gedanklicher Flexibilität und gleichzeitiger Resilienz, sowie strukturellen gesellschaftlichen Problemen, die kreative und unkonventionellen Lösungen benötigen.

III. Die 10 Leitlinien grüner Bildungspolitik

1. Wir wollen Neugier am Lernen und Forschen entfachen und erhalten.

Die aktuellen Ergebnisse der Hirnforschung zeigen uns, wie überragend die Bedeutung der eigenen Neugierde, individuelle Erfolgserlebnisse, positive Emotionen und ein starkes Selbstkonzept für erfolgreiches Lernen sind. In diesem Sinne müssen wir die Bildungsinstitutionen neu denken. Das bedeutet, dass formale Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen und Berufsschulen, sowie Hochschulen als Forschungshäuser gedacht werden müssen, in denen Neugierde gestärkt, Raum für Utopien und kreatives Handeln geschaffen sowie spielerisches Entdecken und forschendes Lernen ermöglicht werden. Hierfür ist die Ermöglichung eines interessegeleiteten Lernens und der Auseinandersetzungen mit gesellschaftlich relevanten Inhalten notwendige Grundlage.

Damit dies Wirklichkeit werden kann, benötigen Bildungsorte vor allem eines: Freiräume für die Gestaltung des selbstbestimmten Lernens. Dabei können Orte non-formaler Bildung, wie Vereine bzw. Jugend- und Stadtteilzentren, wichtige Impulse geben. Dazu muss verstärkte Vernetzung zwischen formalen und diesen non-formalen Bildungsformaten stattfinden.

Wir wollen die Durchlässigkeit aller Bildungswege und die Übergänge verbessern sowie Vorurteile gegen nicht-stromlinienförmige Biographien abbauen. Der Wechsel vom Studium

in die Ausbildung und umgekehrt muss künftig ganz selbstverständlich sein. Auch die duale Ausbildung wollen wir weiter ausbauen und Maßnahmen entwickeln, die interdisziplinäre berufliche Laufbahnen ermöglichen.

Für uns GRÜNE zeichnet sich ein gutes Bildungssystem, eine gute Einrichtung und deren guten Mitarbeiter*innen dadurch aus, dass sie in Bewegung sind, sich kontinuierlich hinterfragen und verbessern. Auch wollen wir entlang der Bildungslaufbahn fachübergreifende, problem- und projektorientierte Ansätze fördern.

- Wir schaffen und erhalten **freie Zeiten und Orte zum Selbstlernen und zur Reflexion** der eigenen Lernprozesse in Kita, Schule und Hochschule - interessengeleitet, verantwortungsbewusst und kooperativ.
- Wir **verhindern** deshalb entschieden Bemühungen, Bildungsgänge noch weiter zu verschulen, auf Kernkompetenzen zu verengen und Wahl- und Neigungselemente zu beschneiden. Stattdessen setzen wir uns für eine kooperative, demokratische Gestaltung der Bildungsgänge ein, sodass selbstgestaltete Lernprozesse stattfinden.
- Unser Ziel ist es, **gemeinsames Lernen**, interdisziplinär bzw. fächerübergreifend problem- und projektbasiert in vielfältigen Teams zu ermöglichen. Bildungseinrichtungen sollen ermutigt werden ihre Wahl- und Wahlpflichtangebote auszubauen.
- Wir fordern, dass vor allem in den formellen Bildungsinstitutionen, wie Schulen und Hochschulen, standardisierte und verkürzte Beurteilungsformate durch **Beurteilungsformate**, die den Kompetenzstand der*s Lernenden sowie seine*ihre Potenziale ausführlich, individuell und differenziert widerspiegeln und zudem weitere Lernwege aufzeigen, reduziert und ergänzt werden. Den Schulversuch alles>>können wollen wir stärken. Innerhalb anderer Bildungsinstitutionen sollen solche differenzierten und persönlichen Bildungsformate weiterhin genutzt werden.
- Wir wollen ausreichend **Master-Studienplätze** bereitstellen, damit jede*r nach dem Bachelor die Möglichkeit hat, den Master am gleichen Bildungsort anzustreben.

2. Eine kluge Stadt braucht alle Talente! Deshalb fördern wir Inklusion und Chancengerechtigkeit.

Hamburg hat als Stadt – auch unter grüner Mithilfe – auf dem Weg zu einem gerechten, leistungsfähigen und demokratischen Bildungswesen bereits viel erreicht, ist aber lange noch nicht am Ziel. Heute geht fast jedes Kind in die Kita, unser Schulsystem lässt immer weniger Schüler*innen ohne Abschluss zurück und auch an den Hochschulen verzeichnen wir den Abbau von Barrieren zur Aufnahme und erfolgreichen Absolvierung eines Studiums. In der Reform des Lehramts tragen wir den Anforderungen der Inklusion und der nachhaltigen Entwicklung insgesamt zunehmend Rechnung.

Trotz vieler Bemühungen haben wir immer noch ein Bildungssystem, indem Chancen je nach sozialem Hintergrund ungleich verteilt sind. Erste Erfolge bei der Realisierung von mehr Chancengerechtigkeit im Hamburger Bildungssystem (z. B. durch die Öffnung der Schulen für inklusives Lernen und die gezielte Förderung von Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten) motivieren uns, vieles noch besser zu machen. Wir GRÜNE lassen gerade beim Thema Bildungsgerechtigkeit nicht nach und behalten einen langen Atem. Wir unterstützen und begrüßen deshalb beispielsweise Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die z.B. durch Mentoring-Programme sozial- benachteiligte Menschen in Übergangsphasen begleiten. Der Zugang zu Bildung für alle kann nur durch Schaffung der sozialen Grundlagen

realisiert werden (BAföG, ausreichend finanzielle Unterstützung, kostenloser Zugang zu Bildung).

Inklusion als das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umfasst alle Bereiche des öffentlichen Lebens. In der einschlägigen UN-Konvention geht es um Vielfalt im Sinne von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, Glauben und Überzeugungen, kulturellem Hintergrund, körperlichen Beeinträchtigungen und vielem mehr. Leider wird Inklusion in der öffentlichen Diskussion oft auf das Recht von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf verkürzt, eine allgemeinbildende Schule zu besuchen. Und die Schlagzeilen beziehen sich zu oft nur auf die großen Herausforderungen, denen sich Pädagog*innen im Alltag dabei gegenüber sehen. Das ist für uns eine verkürzte Darstellung, die die Potenziale einer Förderung der Vielfalt innerhalb von Lerngemeinschaften außer Acht lässt. Dennoch: Wir sehen auch den Unterstützungsbedarf und haben daher in den Verhandlungen mit der Volksinitiative „Gute Inklusion“ zahlreiche Maßnahmen und zusätzliche Mittel mobilisiert - damit Inklusion auch gelingt.

Ein zunehmend internationaler werdender Arbeitsmarkt, sowie Migration und Fluchtbewegungen wirken sich auch auf Lern- und Ausbildungsphasen aus. Auch künftig brauchen diese Menschen Zuwendung und Unterstützung. Dabei geht es u. a. um die Studieneinstiegsbegleitung, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die Qualifizierung von Pädagog*innen für Deutsch als Zweitsprache. Wir GRÜNE verschließen auch nicht die Augen vor den Problemen, z.B. in der Integration von Menschen aus anderen Kulturen und der immer salonfähiger werdenden gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Noch immer sind abwertende, homophobe, rassistische und antisemitische Schimpfworte weitverbreitet auf Hamburger Schulhöfen. Es ist Aufgabe von Bildungsinstitutionen bzw. ihren Vertreter*innen solchen Diskriminierungen massiv entgegenzutreten.

Und das haben wir konkret vor:

- Die Anstrengungen der letzten Jahre zur **Inklusion**, zur besseren **individuellen Förderung** und zum gezielten **Ausgleich von Benachteiligungen** wollen wir auf allen Ebenen des Bildungssystems engagiert fortsetzen und intensivieren. Dazu benötigen wir besseres Wissen über Regionen und ihre Bevölkerung, über Einrichtungen und deren Bildungsgänge sowie über den Erfolg einzelner Maßnahmen (**Bildungsmonitoring**), um die Mittel zielgenauer einsetzen zu können.
- Gerade Kinder aus prekären Familienverhältnissen und/oder Familien, in denen Bildung einen geringen Wert hat, möchten wir frühzeitiger in Kitas holen und fördern, damit Lern- und Entwicklungsrückstände möglichst erst gar nicht entstehen. Dazu bedarf es gerade in Brennpunkten **aufsuchender Familienarbeit**, idealerweise schon vor der Geburt. Zusätzliche Mittel werden sich hier langfristig auszahlen.
- Wir wollen, dass der Bund für die **Mittel für Sprachförderung** aufgestockt und verstetigt, um deutlich mehr Kinder zu erreichen.
- Die Hamburger Vertretungen sollen sich auf der Kultusminister*innen-Konferenz, sowie im Bundesrat für ein BAFöG ohne starre Begrenzung der Regelstudienzeit einsetzen.
- Wir wollen ein **Förderprogramm für Bildungshäuser**, in denen Kita und Grundschule zusammen gedacht werden ins Leben rufen. In Bildungshäusern können Kitas und Grundschulen ein gemeinsames Bild vom Kind entwickeln, ebenso wie eine neue

Lernkultur. Die Arbeit in multiprofessionellen Teams kann auch einen gelingenden Übergang von der Kita in die Grundschule organisieren.

- Wir wollen den **Ausbau von Eltern-Kind-Zentren**, als ein an die ganze Familie gerichtetes gebührenfreies Angebot, das Kindern Zugang zu frühkindlicher Bildung ermöglicht und Eltern in ihren Kompetenzen stärkt, weiter ausbauen.
- Wir müssen die **Inklusion verbessern** und hier vor allem die Schüler*innen mit emotionalen- und sozialen Förderbedarf (sowie ihre Lehrkräfte) besser unterstützen. Die Klassen- und Fachlehrer*innen brauchen in diesem Bereich mehr Unterstützung durch Psycholog*innen, Sozial- und Sonderpädagog*innen. Deswegen haben wir uns im Zuge der Einigung mit der Volksinitiative „Gute Inklusion“ verpflichtet, im Inklusionsbereich fast 300 neue Stellen zu schaffen. Damit verbessern wir die Inklusion in Hamburg erheblich.
- „Die besten Pädagog*innen zu den schwächsten Schüler*innen“ – gemäß dieses Mottos setzen wir Anreize, damit Schulen in **Brennpunkten als Arbeitsplatz** attraktiver werden. Da es langfristig betrachtet gute Pädagog*innen für alle geben muss, setzen wir uns für eine gute pädagogische Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen für alle Pädagog*innen ein.
- Wir wollen die **Gymnasien weiter für die Inklusion öffnen** und sie dazu angemessen ausstatten.
- Wir möchten vor allem Schulen in Brennpunkten in ihrer Elternarbeit stärken. Neuere Ansätze interkultureller **Elternarbeit** möchten wir fördern, die Sozialarbeit intensivieren und Eltern besser befähigen, für die Bildung ihres Kindes umfassend Verantwortung zu übernehmen.
- **Diversity Management** - Teil des Personalwesens, bei der die Verschiedenheit der Mitarbeiter*innen nicht nur toleriert, sondern sie positiv wertschätzt und einbindet - werden wir GRÜNE wie in anderen öffentlichen Einrichtungen auch im Bildungswesen besser implementieren.
- Angebote zur Qualifizierung von Pädagog*innen für **Deutsch als Zweitsprache** und für sprachensible Bildung möchten wir in ausreichendem Umfang entlang der Bildungskette vorhalten.
- Wir wollen die behördlichen Bestimmungen für **geflüchtete Schüler*innen** überprüfen, so dass sie zum Wohle des Kindes flexibler gehandhabt werden können.
- Wir fördern **leichte Einstiegsmöglichkeiten** und die **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** für Pädagog*innen mit ausländischen Qualifikationen.
- Wir implementieren eine **Studieneinstiegsbegleitung**, insbesondere für studieninteressierte Geflüchtete.
- Wir machen uns für **spezielle Angebote für geflüchtete Frauen** in der Weiterbildung stark.
- Wir setzen uns für eine Verstärkung des **Programms #uhhilft** sowie der hamburgweiten Koordinierungsstelle ein, die für alle studieninteressierten Geflüchteten in Hamburg Unterstützung anbietet.
- Wir wollen das Kita-Gutschein-System stärker an den **individuellen Förderbedarf** von kleinen Kindern anpassen und nicht nur auf die Vereinbarkeit von Familie und Berufs ausgerichtet lassen.
- Wir unterstützen **Aufklärungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen**, wie bspw. Im Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt vereinbart.

3. Wir verankern „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als Prinzip.

Die Welt steht vor globalen Problemen: Klimawandel, Armut, Artensterben, Geschlechtergerechtigkeiten und fehlende Bildung sind nur einige davon. Um diese zu lösen, hat sich die Weltgemeinschaft auf die „Sustainable Development Goals (SDGs)“ verständigt, welche bis 2030 erreicht sein sollen. Diese nachhaltigen Entwicklungsziele umfassen Themenbereiche wie Biodiversität, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden, Klimaschutz und Bildung für alle. Um diese Ziele zu erreichen, kommt es neben der UN entscheidend auf die EU an. Daher soll bei Themen der nachhaltigen Entwicklung Wissen über Politikgestaltung auf europäischer und internationaler Ebene vermittelt werden. Es ist gut, dass es diese Ziele gibt - obgleich wir einige Aspekte, wie bspw. beim Wirtschaftswachstum mit Ressourcenverbrauch ohne Grenzen durchaus kritisch sehen. Ein Teilziel ist es, „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) allen Menschen zu ermöglichen.

BNE befähigt Lernende, informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt, für eine gerechte Gesellschaft und für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln und dabei die kulturelle Vielfalt zu respektieren. Es geht um einen lebenslangen Lernprozess, der wesentlicher Bestandteil einer hochwertigen Bildung ist. BNE geht von einem ganzheitlichen und transformativen Bildungsverständnis aus, das die Lerninhalte und -ergebnisse sowie die Lernumgebung berücksichtigt.

Von 2005 bis 2014 hatte die UN dazu bereits eine Dekade ausgerufen – jedoch wurde schnell klar, dass zwar tolle Projekte und Netzwerke entstanden sind und geteilt wurden, aber die Verankerung in der Struktur entlang der Bildungskette und in den Kommunen noch aussteht. Deshalb wurde das UNESCO Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von 2015 bis 2019 ins Leben gerufen und in Deutschland ein nationaler Aktionsplan (auch unter Beteiligung von Vertreter*innen Hamburger Behörden, Hochschulen und der Zivilgesellschaft) vereinbart. Koordiniert von der Umweltbehörde wird zurzeit unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft ein Masterplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ konzipiert. Für uns ist demzufolge Bildung bei der Umsetzung aller SDGs zentral. Hamburg wurde von der UNESCO als Vorbild für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet, die Uni Hamburg baut mit dem Projekt HOCH-N ein bundesweites Hochschulnetzwerk für nachhaltige Entwicklung auf und das Landesinstitut für Lehrerbildung gibt einen Orientierungsrahmen heraus.

Nichtsdestotrotz ist Bildung für eine nachhaltige Entwicklung bisher politisch – auch bei uns – sowie gesellschaftlich eher ein Nischen-Thema. Es geht hierbei schließlich nicht nur um die inhaltliche Beschäftigung mit nachhaltiger Entwicklung oder neue didaktische Methoden für vertieftes Lernen, sondern um ein ganzheitliches Prinzip, welches auch institutionellen Wandel erfordert. Zentral dabei ist die Partizipation aller Akteur*innen und ein emanzipatorisches Verständnis von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, welches auch das Verhältnis von Mensch-Tier und Mensch-Umwelt anspricht.

Und das haben wir konkret vor:

- Wir werden zusätzliche **Fortbildungen zu Zielen nachhaltiger Entwicklung, BNE und Nachhaltigkeitsstrategien** anbieten.
- Wir führen langfristig alle **Konzepte und Auszeichnungen** wie „Faire Schule“, „Umweltschule“ und „Klimaschule“ zu BNE-Schulen zusammen, verbunden mit einer Qualifizierung von Lehrkräften zu BNE-Multiplikator*innen.

- Wir werden die Ziele des **Nationalen Aktionsplans Bildung** für nachhaltige Entwicklung umsetzen.
- Wir werden ein **Konzept** der BNE als politisches Ziel, in den Curricula der Lehrer*innenbildung, in den Rahmenlehrplänen der Schulen und der Qualitätsentwicklung aller Bildungseinrichtungen verankern.
- Wir wollen, dass es ein für alle Menschen nutzbare **Förderung** konzipiert wird, in der junge Menschen sowie generationsübergreifende Teams forschen, Lehre entwickeln und verbessern können sowie Anwendungsprojekte und konkrete Innovationen umsetzen können. Die zu fördernden Projekte sollen nach dem Bildungsverständnis von BNE konzipiert und/oder sich mit konkreten Umsetzungsmöglichkeiten und/oder BNE Inhalten auseinandersetzen.
- Wir berücksichtigen bereits in Planungsprozessen von Bauvorhaben, die **Lernumgebungen auf transformatives Lernen auszurichten** (bspw. bewegliche Stühle und Offenheit).
- Im Sinne (inter)nationaler Beschlüsse und Aktionspläne (z.B. UNESCO Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung) setzen wir unser ganzheitliches emanzipatorisches Verständnis von BNE auch auf institutioneller Ebene um: u.a. durch mehr erlebbare Natur (Urban Gardening Projekte, Dachbegrünung, das Pflanzen von Obst- und Gemüsesorten fördern) und nachhaltige Mobilität (z.B. Fahrradstellplätze und ÖPNV-Anschluss sicherstellen).
- Wir wollen die Bedeutung wichtiger **Erährungs- und Gesundheitsthemen** in den Curricula der unterschiedlichen Bildungsinstitutionen dieser Stadt stärken.
- Wir wollen Maßnahmen entwickeln, die **interdisziplinäre berufliche Laufbahnen** ermöglichen.
- In der Forschungsförderung wollen wir eine **Verzahnung mit der Aufbereitung für die Lehre** ausbauen, Hochschulen als Forschungsobjekt stärker etablieren und die Einbeziehung von Zivilgesellschaft (wie bspw. in Reallaboren) fördern.
- Wir wollen das **Mensch-Tier-Verhältnis** in allen Bildungsstufen nachhaltig verankern. Weiterhin gilt es, für Verantwortung gegenüber den Tieren und der Umwelt zu sensibilisieren und sich darüber hinaus mit den Folgen von Handeln und Konsum stetig auseinander zu setzen. Dazu gehört auch, ein tierversuchsfreies Studium zu ermöglichen.
- Wir wollen außerdem noch mehr Formate schaffen, die einen dauerhaften und für jeden verständlichen **Dialog über Wissenschaft** mit allen Hamburger*innen ermöglichen und so neue Bildungschancen für alle Bürger*innen dieser Stadt eröffnen.

4. Demokratie ist nur stark, wenn wir Teilhabe und Mitbestimmung von klein auf leben.

Demokratische Bildungseinrichtungen zeichnen sich durch ihre funktionierende Mitwirkung aus. Dabei fördern alle Beteiligten ein faires Miteinander, lassen Meinungsvielfalt zu und kultivieren Kritik. Wir haben den Anspruch, dass die Verantwortlichen in Bildungseinrichtung allen Formen der Diskriminierung entschieden entgegenzutreten, im demokratischen Konsens handeln und eine demokratische Identitätsbildung ermöglichen. Eine Bildungseinrichtung besitzt aus unserer Sicht einen Vorbildcharakter für ein demokratisches Gemeinwesen. Sie berücksichtigt durch ihre selbst gegebenen Regeln, Strukturen und Werte alle Gruppen mit ihrer Vielfalt und lebt echte Beteiligung.

Die Maßnahmen, um zu einer demokratischen Bildungseinrichtung zu kommen, kann man nicht einfach politisch verordnen. Denn es reicht ganz offensichtlich nicht, wenn eine Bildungseinrichtung den demokratisch legitimierten Gesetzen entspricht. Konkrete Maßnahmen wären, Bildungseinrichtungen wieder zu ermuntern, mehr auf die Selbstverantwortung der Lernenden zu setzen, sie nicht auf eine*n Teilnehmer*in der jeweiligen Institution zu reduzieren, sondern sich für die Entwicklung des (jungen) Menschen zu interessieren und sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Dies kann nur gelingen, wenn Bildungseinrichtungen viel Raum erhalten, in dem sich Demokratiepädagogik entfalten kann: Projekte, in denen Kinder, Jugendliche und (junge) Erwachsene befähigt werden, ihren eigenen Weg zu gehen und zugleich die Freiheit anderer zu respektieren, einen anderen Weg zu wählen. Das heißt auch darüber (mit)entscheiden zu können, was und wie gelernt wird. Dafür braucht es auch die Selbstorganisation von Interessen. Diese wollen wir ermöglichen bzw. erhalten und echte Mitbestimmung verankern. Demokratische Bildungseinrichtungen können nur wachsen, wenn Themen und Formate des Lernens auch von der Bildungseinrichtung und den in ihr arbeitenden Lehrenden mit den Lernenden verantwortet werden und Entscheidungen sowie die dazugehörigen Prozesse transparent gemacht werden. Denn nur in einem solchen Klima kann eine echte Mitwirkung gelingen.

Bildungseinrichtungen können wir zudem nur in ihrer demokratischen Entwicklung fördern, wenn wir wissen, welche Kompetenzen und welche Einstellungen unsere Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Demokratie, zum gesellschaftliche Zusammenleben sowie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben. Dazu wollen wir ein Konzept entwickeln wie das künftig anonymisiert erhoben werden kann.

- Auch **Schulen, Berufsschulen und Hochschulen** müssen über die gesetzlichen Vorgaben zu Gremien hinaus Konzepte zur **Förderung der Mitbestimmung und Mitgestaltung** des Alltags - wie den Lerninhalten und -strukturen - erarbeiten und verdienen dabei Unterstützung durch staatliche Programme.
- An den Hochschulen wollen wir **neue Partizipations-Formate** entwickeln, in denen die Vielfalt der Perspektiven und Bereitschaft zum Engagement berücksichtigt wird. Zudem wollen wir die vorhandenen Strukturen der akademischen und studentischen Selbstverwaltung so unterstützen, dass alle Mitglieder die jeweilige Hochschule gemeinsam gestalten können. Auch an den Schulen wollen wir entsprechende Gremien stärker unterstützen.
- Die Umsetzung bisheriger Reformen nach der letzten **Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes**, wie die Einführung der dritten Ebene, wollen wir ermöglichen.
- Die **Transparenz von Entscheidungen** aus Leitungsgremien wollen wir noch stärker ermöglichen. Das umfasst natürlich keine sensiblen Daten oder vertraulichen Prozesse.
- Wir machen uns stark für weniger Top-Down und **mehr Bottom-Up** in den Bildungseinrichtungen. Denn das ist der Boden, auf dem Demokratie gedeiht.
- Auf Grundlage eines neu geschaffenen Bildungsmonitorings zur Demokratiebildung möchten wir uns bildungspolitisch wieder verstärkt mit den gesellschaftspolitischen Aufgaben von Schule, Kita, Hochschule und anderen Bildungseinrichtungen befassen.

- Schüler*innenaustausche an allen Schulformen sollen gefördert werden, um einen Einblick in die Lebenswirklichkeiten in anderen Ländern zu ermöglichen und das europäische Bewusstsein zu schärfen.

5. Wir stärken die Selbstverantwortung und verankern „Freiheit in Verantwortung“ als Leitprinzip.

GRÜNE Politik gestaltet die Rahmenbedingungen so, dass die jeweiligen Bildungseinrichtungen sich entfalten und verbessern können. „Freiheit in Verantwortung“ zu ermöglichen ist dabei unser Grundprinzip.

Alle Bildungsfelder – von der frühkindlichen Bildung über die Schulen, die Jugendhilfe, non-formale und informelle Bildungsinstitutionen, die Hochschulen bis hin zur Weiterbildung – sind unter anderem geprägt durch das Nebeneinander von staatlichen und privaten Trägern. Wir GRÜNE befürworten Pluralität weltanschaulich sehr verschiedener Träger ausdrücklich, so lange einige Spielregeln eingehalten werden. Dazu gehört: Die Werte und die Arbeit müssen verfassungskompatibel sein. Die Qualität muss stimmen. Die Träger müssen ferner mit den zuständigen behördlichen Stellen verbindliche Ziel- und Leistungsvereinbarungen aushandeln.

Wir GRÜNE setzen auf Autonomie und Selbstverantwortung als besten Weg zu einer qualitativ hochwertigen, gerechten und emanzipatorischen Bildung. Deshalb möchten wir staatliche Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Entscheidungskompetenz der demokratischen Gremien gestärkt und erhalten bleibt bspw. hinsichtlich der Gestaltung von Studiengängen oder den Strukturen sowie pädagogischen Profilen von Kitas und Schulen. Wenn wir statt enger zentralistischer Steuerung mehr Verantwortung an die Bildungseinrichtungen selbst abgeben, dann identifizieren sich die Pädagog*innen, Mitarbeiter*innen, Lernenden und Wissenschaftler*innen vor Ort stärker mit ihrer Aufgabe, übernehmen dafür die Verantwortung, lernen mit den daraus neu zu entstehenden Fähigkeiten und Belastungen umzugehen und entwickeln für ihre Kinder, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen die attraktivsten, sinnvollsten und besten Bildungsangebote. Dabei ist es uns wichtig, dass die jeweiligen Bedarfe vor Ort ermittelt und erfüllt werden. Das kann heißen, dass die pädagogischen Profile und Schwerpunkte der Arbeit je nach Stadtteil variieren.

Nichtsdestoweniger gibt es auch systemische Rahmenbedingungen, die wir verantwortungsvoll verbessern wollen. Beispielsweise war die Schulstrukturreform mit der Einführung der Stadtteilschule ein wichtiger Schritt in Richtung längeren gemeinsamen Lernen in einem integrierten Schulsystem. Jetzt ist es aus unserer Sicht an der Zeit einen Schulstrukturfrieden zu vereinbaren, die bisherigen Maßnahmen weiter zu erproben und bei Bedarf anschließend anzupassen. Im Hochschulwesen gibt es zum Beispiel viele Probleme, die mit der Umstellung auf das Bachelor-Master-System verbunden sind. Es ist deshalb sinnvoll, das System weiterhin zu reformieren, Verbesserungen umzusetzen sowie zu unterstützen. Immer mehr Menschen erzielen höhere Schulabschlüsse und entscheiden sich für die Aufnahme eines Studiums. Das finden wir eine positive Entwicklung, ohne den Wert einer guten Berufsausbildung in Frage stellen zu wollen. Wir fördern die Entwicklung an den Berufsschulen, der Ausbildung im Handwerk und an den Hochschulen und begleiten diese so, dass eine gute Qualität und Kreativität sichergestellt werden kann, zum Beispiel durch neue didaktische Methoden in der Lehre. Beispiele sind die Hamburger Open Online University (HOOU), das Zentrum für Lehre und Lernen an der Technischen Universität

Hamburg (TUHH) und das Lehlabor der Universität Hamburg. Solche Ansätze sollen weiterverfolgt, verstetigt und ausgebaut werden.

Für uns GRÜNE zeichnet sich ein gutes Bildungssystem, eine gute Einrichtung und gute Mitarbeitende dadurch aus, dass sie in Bewegung sind, sich kontinuierlich hinterfragen und verbessern. Auch wollen wir entlang der Bildungslaufbahn fachübergreifende, problem- und projektorientierte Ansätze fördern.

Klar ist aber: Wo die Qualität nicht stimmt oder Grundrechte missachtet werden, hört die Freiheit auf. Deshalb gehört zur Autonomie für uns auch immer die gesellschaftliche Verantwortung, staatliche Begleitung, Beratung und Aufsicht.

Vor dem Hintergrund des zunehmend fragwürdigen Umgangs in einigen Teilen der Gesellschaft mit Fakten werden wir darauf achten, dass alle Bildungsakteure auf die Vermittlung und Verteidigung der wissenschaftlichen Methode des Erkenntnisgewinns verpflichtet bleiben.

- Unsere Steuerungsphilosophie heißt: fördern und ermöglichen statt bevormunden und reglementieren. Dabei stärken wir die **Selbstverantwortung**. Sprich: Wir werden mehr mit Zielvorgaben arbeiten und weniger jedes Prozessdetail reglementieren. Allerdings gilt auch: Freiheit und Selbstverantwortung bringt Verantwortung mit sich. Deswegen werden wir bei Schulen und Kitas, die Schwierigkeiten in der Umsetzung der Zielvorgaben haben, sowohl steuernd als auch unterstützend eingreifen.
- Wir fördern gute Schulen mit einem klaren und für die Besonderheiten ihrer Schülerschaft passgenauen **Profil**. Dazu geben wir Schulen eine **größere Flexibilität** in der Stundentafel, um andere pädagogische Wege zu gehen.
- Das **schulische Anmeldeverfahren** verändern wir: Schulen dürfen zukünftig 30% ihrer Schüler*innen gemäß ihres pädagogischen Profils anhand transparenter Kriterien aussuchen, so dass nicht mehr nur die Wohnortnähe zählt. Dabei achten wir auf soziale Ausgewogenheit und dass die Prinzipien der Inklusion nicht unterlaufen werden.
- Wir legen einen **Innovationsfonds** auf, um Schulen im Umbruch gezielt und zeitlich befristet intensiver beraten und zusätzlichen Mittel unterstützen zu können.
- Wir **stärken die Stadtteilschulen** als Schulform, in dem wir gezielt jede einzelne Schule in der Ausprägung eines passgenauen und attraktiven Profils unterstützen.
- Jede Schule sollte ein nachweisbares **Qualitätsmanagement** nach bildungswissenschaftlich fundierten Kriterien ausbauen. Neben interner Evaluation gehört dazu auch externe wie bspw. durch Schulinspektion. Eine fachlich fundierte Beratung ist hierbei wünschenswert und notwendig.
- Wir möchten **Übergänge** weicher gestalten, Brüche verhindern und Menschen möglichst lange alle Wege offen halten. Deshalb unterstützen wir, wenn sich verschiedene Bildungseinrichtungen auf freiwilliger Basis zu integrierten Systemen zusammenschließen und kooperieren wollen; seien es Bildungshäuser aus Kita und Schule, 6-jährige-Grundschulen, Langformschulen (vom Jahrgang 0 bis 13), Bildungscampuse aus verschiedenen, kooperierenden Schulen auf einem Gelände oder Stadtteilzentren mit Sozial- und Bildungseinrichtungen unter einem Dach.
- Wir möchten einen **Schulversuch** ausloben, der evaluiert, welche Modelle und Lernformen zu besseren Lernzuwächsen sowie Lernbedingungen und mehr Bildungsgerechtigkeit führen. Hier geht es auch um die Erprobung von eigenständigem und auf Neugierde ausgerichtetem Lernen, wie zum Beispiel in Form

von Projektunterricht, Lernbüros, von den Schüler*innen selbst wählbaren Kursplänen.

- Wir möchten weiterführende Schulen dabei unterstützen, den **morgendlichen Schulbeginn** zeitlich nach hinten zu verlegen. Dies wird dem Biorhythmus von Jugendlichen gerecht.
- Es gibt Möglichkeiten das außerschulische **Engagement** junger Menschen stärker zu unterstützen und außerschulische Träger in den Schulalltag **einzubinden**. Dafür legen wir gerade einen Fonds zu kultureller Bildung auf. Das Einbinden von Service Learning an Hochschulen begrüßen wir.

6. Wir schaffen Gleichstellung durch und in Bildung

Gleichstellung verstehen wir GRÜNE als Querschnittsthema. Sorge- und Erwerbsarbeit werden in unserer Gesellschaft immer noch unterschiedlich wertgeschätzt und vergütet, oft zu Lasten von Frauen. Die Veränderung dieser Verhältnisse muss real angegangen werden. Bildungseinrichtungen können hierbei eine entscheidende Rolle spielen, indem sie die historische Entstehung der Geschlechterrollen aufzeigen und dekonstruieren.

Gleichstellungsarbeit ist hierbei nicht einzig in der Geschlechterforschung und den Gleichstellungsbüros anzusiedeln, sondern Bildungseinrichtungen sollen den bewussten und respektvollen Umgang mit Unterschieden sowie Gemeinsamkeiten gezielt falsche Zuschreibungen wie „Mädchen können keine Naturwissenschaften“ aufbrechen und Chancengerechtigkeit gezielt fördern. Um Klischees und Benachteiligungen durch gezielte Bildungsangebote erfolgreich zu begegnen, kommen wir nicht umhin, alle, die mit Kindern, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen arbeiten, für den Umgang mit und den Nutzen von Vielfalt (Diversity) zu schulen und zu befähigen, die Stereotype im eigenen Denken und Handelns zu verstehen und zu hinterfragen lernen. Denn: Früh werden die Weichen für das individuelle Selbst- und Fremdbild, Einstellungen sowie Sensibilisierung und damit Zukunftschancen gelegt. Dabei muss die Entwicklung zu selbstbewussten Menschen sowie positive Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper offen unterstützt werden.

Im Bildungssystem fehlt es nach wie vor an systematischer Unterstützung hinsichtlich der Entwicklung einer eigenen sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sowie Abbau von Diskriminierungen. Wir arbeiten dafür, dass kein Kind, Jugendliche*r oder (junge*r) Erwachsene*r Angst davor haben muss, über die eigene sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität zu sprechen.

Besonders queere Kinder und Jugendliche, die die binären geschlechtlichen Stereotypen in der Regel nicht entsprechen, erfahren bisher noch kaum spezielle Unterstützung bei dem Umgang mit der eigenen geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt sowie den alltäglichen diskriminierenden zu erfüllenden Rollenansprüchen und Stereotypen. Deswegen muss queeren Kindern und Jugendlichen mehr Hilfestellung an den Bildungseinrichtungen geboten werden. Jedoch reicht eine individuelle Hilfestellung nicht aus, um die gesamtgesellschaftliche Vorstellung von den binären Geschlechtern - weiblich und männlich - zu erweitern. Deswegen benötigt es inhaltliche Öffnungen innerhalb des Unterrichtes, um ein allgemeines Bewusstsein für die queere Vielfalt von Geschlechtern - ob Interoder Trans- und Sexualitäten - ob Homo-, A-, Bisexuell oder vieles mehr - zu schaffen. Gleichstellung zu. Dabei ist uns besonders bewusst, wie wichtig positive Vorbilder für junge Menschen in ihrem Lebensweg sind. Die Mechatronik-Lehrerin in der Berufsschule, der körperlich behinderte Sozialpädagoge an der Grundschule, die türkische Informatik-Professorin an der

Hochschule, die bisexuelle Haustechnikerin des Jugendtreffs: Sie alle können für Heranwachsende zu wichtigen Identifikationsfiguren werden. Aktuelle Studien zeigen dennoch, dass das nicht reicht. Frauen stehen einem Machtungleichgewicht gegenüber, z.B. Gläserne Decken und Nichteinstellungen, Gender Pay Gap, schlechtere Benotungen (vor rein männlich besetzten Gremien). Andere Diskriminierungen erschweren dies zum Teil erheblich weiter oder bedeuten andere Hürden. Das darf nicht sein. Das wollen wir ändern. Wir GRÜNE haben in dieser Legislatur bereits das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm, mit dem jede Behörde sich zu Gleichstellungsmaßnahmen verpflichtet, auf den Weg gebracht. Auch Zivilgesellschaftlich passiert bereits einiges z.B. durch das Bildungs- und Aufklärungsprojekte zu sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität (soorum) oder durch Bildungsangebote mit dem Ziel den Anteil der weiblichen Software Entwickler*innen und Manager*innen im IT-Bereich auf 50 % zu erhöhen (moinworld).

Und das haben wir konkret vor:

- Wir wollen **Anti-Diskriminierungsarbeit** in Form von Diversity- und Empowerment-Projekten stärker unterstützen.
- In allen Bildungs- und Ausbildungsplänen sowie in der Lehrer*innenbildung aller Phasen sollte **sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Querschnittsthema stärker als bisher eine Rolle spielen** und damit einen wichtigen Beitrag zur Antidiskriminierung leisten.
- Wir wollen ermitteln, welche Vorteile eine **geschlechterparitätische Besetzung von Prüfungskommissionen** mit sich bringt und entsprechende Handlungsschritte daraus ableiten. Dazu gehört auch die Einführung einer Frauenquote zu prüfen.
- Wir wollen die **Berufsorientierung und Berufswahl durch das Wecken und Fördern individueller Interessen anregen** - unabhängig vom Geschlechterzuschreibungen und -klischees. Dazu wollen wir, dass der Girl's Day im Rahmen einer pädagogischen Begleitung stärker dazu genutzt wird Geschlechterstereotypen zu reflektieren, geschlechtsunabhängig Neugierde zu wecken und ökonomische Folgen von Berufswahlen zu thematisieren.
- Wir erhalten und unterstützen Programme, die besonders **Frauen ermutigen das Studium zur Lehrerin für MINT-Fächer an Schulen aufzunehmen** sowie Leitungspositionen zu übernehmen. Zugleich wollen wir gezielt Männer zu einem Beruf innerhalb der Grundschule ermutigen.
- In der **Ausbildung und Fortbildung** für alle pädagogischen Professionen, die mit Kindern, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen im Bildungskontext arbeiten, sollen Fragen der Gleichstellung und **kritischen Reflexion eigener Stereotype** sowie Geschlechterklischees thematisiert werden.
- Wir fördern ausdrücklich von Kita bis zur Weiterbildung Programme, die auf die Gleichstellung und die **Prävention von Diskriminierung** abzielen.
- Genderforschung soll dauerhaft an den Hochschulen stattfinden und folglich auch in die dort stattfindende (Aus-)Bildung von pädagogischem Personal integriert werden.
- In der non-formalen Bildung möchten wir mittelfristig die Finanzierung des queeren Aufklärungs- und Bildungsprojekts "Soorum" erweitern.

7. Digitalisierung im lebenslangen Lernen gelingt nur mit einem klaren Plan.

Der digitale Wandel ist eine radikale Kulturrevolution. Wenn Politik nicht alles dem freien Markt und damit - auch - der Ökonomisierung von Bildung überlassen will, dann muss sie visionär denken und darf nicht nur im Klein-Klein der digital aufgehübschten Bildungsinstitutionen stecken bleiben.

Dieser digitale Wandel in der Bildung erfordert nicht nur eine zeitgemäße Hardware und Infrastruktur, sondern auch digitale Kompetenz von Lernenden und Lehrenden. Auch hinsichtlich der Nutzung von Software steht ein grundlegender Wandel weg von kommerziellen Anbietern an. Die Bildungseinrichtungen müssen darauf achten, nicht nur den einseitigen Umgang mit den Produkten eines Herstellers zu thematisieren. Pädagog*innen sollten nicht nur Wert auf Apps mit hoher Verbreitung legen, sondern auch auf die Anwendungen, die die Rechte der Nutzer*innen besonders respektieren (z. B. Open Source Software).

Eine zunehmend vernetzte, digitale Welt verändert die Gesellschaft und stellt die gesamte Bildungslandschaft vor neue Herausforderungen. Der digitale Wandel sollte weder Anlass für eine inhaltsleere Euphorie noch für eine technikfeindliche Skepsis sein. Digitalisierung darf uns nicht zu reaktiven Anpasser*innen machen, die mit den Entwicklungen der Zeit nicht mithalten können. Es braucht vielmehr vernetzte Bildungsangebote für alle Generationen, um die Kompetenzen zu erwerben, „die für eine aktive, selbstbestimmte Teilhabe in einer digitalen Welt erforderlich sind“, wie es in der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz heißt. Gleichzeitig gilt es, das Potenzial digitaler Lernumgebungen für Lehr- und Lernprozesse aller Art stärker und systematischer als bislang auszuschöpfen – und zwar lebenslang, also in der gesamten Bildungskette von Kita bis Weiterbildung. Für uns GRÜNE ist unerlässlich, dass digitale Bildung auf den Grundwerten der offenen Gesellschaft, der ökologischen und sozialen Verantwortung sowie der Selbstbestimmung fußt. Zu Letzterem zählt vor allem der Datenschutz. Alle Lernenden müssen an den Schutz der eigenen Daten herangeführt und ihnen der Sinn des Datenschutzes verdeutlicht werden.

Dass und wie wir Digitalisierung als GRÜNE gestalten wollen, haben wir umfassend mit dem Fokus „Demokratie leben und Rechtsstaat verteidigen in Zeiten der Digitalisierung“ auf der Landesmitgliederversammlung im März 2018 beschrieben. In der aktuellen Wahlperiode fördern wir durch hochschulübergreifende Digitalisierungsprojekte freie digitale Bildung für alle mit der **Hamburg Open Online University**, mit dem Programm **Hamburg Open Science** für alle zugängliche Forschung sowie unter dem Dach von ahoi.digital die Einrichtung etlicher Professuren begleitet durch Vernetzung in der Informatikplattform.

Alle Bildungseinrichtungen – und hier insbesondere die hoch formalisierten und gebundenen Einrichtungen Schule und Hochschule – werden sich mit der Kraft der Digitalisierung auseinandersetzen müssen. Während sich Kinder in den Kitas noch mit den analogen Angeboten einer kindgerechten frühen Medienbildung beschäftigen werden, werden sich Schüler*innen – in Ergänzung zum analogen Präsenzunterricht – zunehmend außerhalb des räumlichen Klassenraumes digital Informationen beschaffen, Kompetenzen erwerben oder sich zu digitalen Lerngemeinschaften zusammenfinden. Auch in den Hochschulen wird speziell die Vermittlung von Grundlagenwissen zunehmend digitalisiert. Präsenzveranstaltungen werden dadurch in ihrem Sinn und ihrer Didaktik grundlegend verändert. Diejenigen Lehrangebote, bei denen dies nach bildungswissenschaftlichen

Kriterien sinnvoll ist, werden wir in digitale Lern-Netzwerke verlagern oder durch diese ergänzen.

Auch die Angebote der Weiterbildung werden sich weiterhin verändern: In Ergänzung zu den klassischen Präsenzveranstaltungen wird es zunehmend digitale Angebote, wie z. B. Webinare, geben. Es gilt für die Träger aller Bildungsinstitutionen und -formen, einen klugen Mix aus Präsenz und Digitalem, wie dem „Blended Learning“, zu schaffen.

Und das haben wir konkret vor:

- Wir streben eine **Gesamtstrategie Digitalisierung** an. In dieser sollen klare behördliche Ziele und Konzepte verankert werden, die den Dreiklang aus Anwendungskompetenz, Datenschutz und informatischer Grundkompetenz umfasst.
- Wir wollen ein **Regionales Kompetenzzentrum Digitalisierung** entwickeln. Erst durch die Einrichtung einer solchen Schnittstelle können Strategien entlang der gesamten Bildungskette entwickelt, unter den Behörden abgestimmt und umgesetzt werden. So können insbesondere die Übergänge und Anschlüsse von einer Bildungseinrichtung zur nächsten (vertikale Vernetzung), aber auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit externen Partner*innen sowie die bessere Verzahnung mit non-formalen Bildungsangeboten und der digitalen Bildungscommunity (horizontale Vernetzung) ermöglicht werden. Gleichzeitig werden Doppelstrukturen vermieden und somit Mittel effizient eingesetzt.
- Wir werden eine **kindgerechte frühe Medienbildung** in den Kitas fördern, die zu einer selbstbestimmten und reflektierten Nutzung von Medien anleitet.
- Digitale Bildung im frühen Kindesalter muss sich in erster Linie auf einen **essentiellen Kompetenzerwerb**, vor allem vor dem Hintergrund des Kinder- und des Datenschutzes beschränken. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, bereits Eltern von Kita-Kindern über die Möglichkeiten von Jugendschutz-Apps und anderer Software für einen sicheren Umgang von Kindern und Jugendlichen mit digitalen Geräten aufmerksam zu machen sowie mit ihnen differenziert über die Nutzung digitalen Medien ins Gespräch zu kommen.
- Wir wollen **Programmieren bzw. Coding** ab der 3. Klasse als Wahlpflichtfach bzw. Neigungskurs in den Schulen anbieten. Darüber hinaus soll die informatische Grundbildung stärker in den Bildungsplänen der weiterführenden Schulen verankert werden.
- Wir wollen mit weiteren Projekten an die Hamburg **Open Online University (HOOU)**, sowie das Projekt **Hamburg Open Science** anknüpfen.
- Wir wollen eine **OpenSource Campus-Management-Software** etablieren, die möglichst mit anderen Hochschulen vernetzt ist. Dadurch wird die verschlüsselte Kommunikation mit den Datenschutzbeauftragten und langfristig auch mit allen Universitätsmitgliedern ermöglicht. Mittelfristig soll möglichst die gesamte an öffentlichen Bildungseinrichtungen verwendete Software auf Open Source umgestellt werden.
- Für alle, die in Kitas, Schulen, Weiterbildungsorten oder Hochschulen tätig sind, sollen **attraktive Fortbildungsmöglichkeiten zur Digitalisierung** angeboten werden, um digital kompetent zu werden. Die Angebote werden fortlaufend aktualisiert und auf unterschiedlichen Kompetenzstufen angeboten.

- Wir wollen in der Lehrer*innenbildung aller Phasen Lehrkräfte vor allem dafür fit machen, dass sie mit Hilfe der Möglichkeiten der Digitalisierung ihren Unterricht lernwirksamer, interessanter und kooperativer zu gestalten.

8. Wer ein Leben lang lernt, bleibt immer auf der Höhe der Zukunft

Für uns GRÜNE ist lebenslanges Lernen eine Chance, aber auch eine Notwendigkeit, um in unserer dynamischen und sich rasant verändernden Welt Schritt halten und am öffentlichen Leben teilnehmen zu können. Dabei wissen wir mittlerweile, wie wichtig und entscheidend gerade die unstillbare Neugierde und das atemberaubende Aufnahmevermögen der ersten Lebensjahre für den ganzen Lebensweg sind. Stark ungleiche Bildungschancen und Lernunterschiede im Vorschulalter lassen sich später kaum wieder ausgleichen. Und auch mit dem Berufsabschluss hört Bildung heute nicht mehr auf. Immer mehr Menschen in unserer Stadt fehlen sogar grundlegende Kenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen, in der Aneignung von Wissen.

Der demografische Wandel und die Bevölkerungsveränderung sind seit Jahren in Deutschland ein riesiges Thema und beherrschen die öffentliche Debatte. Zunächst fokussierte sie sich nur auf die Veränderung hinsichtlich der Bevölkerungspyramide. Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention gesellt sich der Gedanke an Weiterbildung für Menschen mit Behinderung und spätestens seit 2015 noch die Veränderung durch viele Zugewanderte hinzu. Dennoch spielt eine inklusive und demografiesensible Weiterbildung in der gesamten Bildungspolitik eine sehr untergeordnete Rolle.

Das wollen wir ändern...

...weil es ein Recht auf Bildung gibt - ohne Altersgrenzen, auch unabhängig von der Herkunft oder davon, ob eine Behinderung vorliegt oder nicht.

...weil sich Altsein verändert hat: Menschen sind länger fit und gesund und haben eine höhere Lebenserwartung.

...weil wir alle Bürger*innen - auch neu zugewanderte oder bisher nicht im Erwerbsleben stehende - angesichts der sich verändernden Bevölkerungspyramide sowohl volkswirtschaftlich als auch gesellschaftlich brauchen.

...weil sich die Haltung verändert hat: Alle Menschen können in allen Lebensphasen etwas Neues lernen, daher benötigen wir Angebote in allen Lebensphasen.

...weil alle Menschen ein Recht auf eine soziale Absicherung und ein erfülltes Leben haben.

...weil Menschen auch und gerade in der nachberuflichen Phase etwas zur Gesellschaft beitragen können, z. B. durch bürgerschaftliches Engagement.

...weil Weiterbildung eine gute Prävention gegen Arbeitslosigkeit ist. Lebenslanges Lernen kann und sollte über die Vielfalt der bestehenden Bildungsträger angeboten werden und sowohl formal als auch nonformal und auch nur aus Neugierde stattfinden.

Und das haben wir konkret vor:

- Wir wollen **Weiterbildung zum Thema** machen und in diesem Zuge eine Bundesratsinitiative starten, die die grüne Idee der BildungsZeit Plus realisiert. Die **BildungsZeit Plus** unterstützt Erwachsene mit einem Mix aus Darlehen und Zuschuss und wird auf die individuelle Einkommenssituation zugeschnitten. Die Kosten der Weiterbildung werden so finanziert und auch der Lebensunterhalt gesichert bzw.

Einkommensverluste gemildert. Wer weniger hat, bekommt mehr. Grundsätzlich sollen alle staatlich zertifizierten Angebote gefördert werden. Alle Weiterbildungsformate müssen präventiv einsetzen und inklusiv angelegt sein.

- Wir wollen die **Erreichbarkeit unterstützender Angebote** speziell für Frauen, für Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung (Vernetzung, Weiterbildung, Coaching, Support beim Neustart) deutlich verbessern. Außerdem wollen wir Lage von Erwerbslosen besser analysieren und neue Perspektiven schaffen durch Transparenz der Job-Center hinsichtlich einer spezifischen Datenauswertung (z. B. Gender, Migrationshintergrund, Behinderung).
- Wir wollen die Angebote zur Grundbildung systematisch ausbauen und besser miteinander vernetzen und die Zielgruppe besser erreichen. Hierzu ist eine bessere Verankerung des Themas in der Stadt notwendig, beispielsweise durch eine „Arbeitsstelle Grundbildung“. Die Arbeit der Produktiosschulen auf diesem Feld soll gestärkt werden.
- Wir wollen **Bildungsformate fördern, die inklusiv, altersgerecht sowie sprach- und kultursensibel** ausgestaltet sind.
- Wir wollen vor allem Träger unterstützen, die im Bereich der **Digitalisierung** Formate entwickeln, die alle Menschen erreichen und so einer drohenden Arbeitslosigkeit entweder vorbeugen oder die Menschen darin unterstützen sich wieder bzw. weiter für den Arbeitsmarkt zu befähigen.

9. Wir werden Bildung und Stadtentwicklung stärker verbinden

Bildung ist ein starker Motor für Stadtentwicklung. Denn Kitas, Schulen und Hochschulen wie auch Jugendtreffs und Sportvereine sind wichtige soziale und kulturelle Treffpunkte im Viertel, nicht selten gar die einzigen staatlichen Institutionen im Quartier. Die Schließung oder Eröffnung von Bildungseinrichtungen sind Gradmesser für den Wandel, die Vitalität und die Zukunftsperspektiven von Vierteln und ganzen Regionen. So haben wir GRÜNE gezielt mit Bildungs- und Bürgerzentren auch Stadtteile und einzelne Quartiere gestützt. Stadtentwicklung ist aber auch andersherum ein wichtiger Hebel zur Steigerung der Bildungsgerechtigkeit. Denn die gute soziale Durchmischung in Lerngruppen steigert nachweislich die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Größere Heterogenität in den Wohnvierteln und damit in den Kitagruppen, Klassenzimmern und Vereinen vor Ort ist deshalb auch ein grünes Rezept der Stadtentwicklung auf dem Weg zu besserer Bildung. Bildungseinrichtungen können durch Förderung alleine den Unterschieden in sozialer und kultureller Teilhabe nicht wirkungsvoll begegnen. Wenn wir nicht massiv in die Stadtentwicklung eingreifen – indem es vermehrt frei finanzierte oder Genossenschafts-Wohnungen in sozial belasteten Quartieren einerseits und Sozialwohnungen in sozial privilegierten Quartieren andererseits gibt – werden wir wenig Erfolg bei unseren (auch finanziellen) Anstrengungen haben.

Und das haben wir konkret vor:

- Wir wollen Stadtentwicklung so steuern, dass die **Stadt stärker sozial durchmischt** wird und so Wohnort und Bildungserfolg stärker entkoppelt werden.
- Wir wollen das **Zusammenspiel von formalen und non-formalen Bildungsträgern** in den Bildungsregionen weiter fördern und dabei besonders die Möglichkeiten des

außerschulischen Engagements junger Menschen im Rahmen non-formaler Bildungsträger unterstützen.

- Auch für die Kitas muss eine Art **Sozialindex** („KESS-Faktor“) entwickelt werden, der eine bedarfsgerechte und bezogen auf die soziale Durchmischung und Lernstände der Kinder angepasste Förderung der KITAs ermöglicht.
- Bei Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen achten wir darauf, dass eine **Campusstruktur** durch die Nähe aller Gebäude soweit wie möglich erhalten bleibt bzw. entsteht, damit Interdisziplinarität weiter bestehen und neue besser entwickelt werden kann. Eine Verzahnung mit dem Stadtteil und Öffnung in beide Richtungen unterstützen wir.

10. Für gute Bildung braucht es gute Leute - und eine gute Finanzierung!

Wir GRÜNE stellen eine fundierte Qualifizierung, eine systematische Personalentwicklung, eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für das Personal an den Anfang aller Bemühungen für gute Bildungsangebote. Dabei sind im Bildungswesen die Themen Finanzen und Personal eng miteinander verbunden.

In den letzten Jahren ist – auch dank GRÜN – bereits einiges geleistet worden:

An Arbeitsbedingungen, die gut und fair sind, arbeiten wir GRÜNE schon lange. Hamburg hat bundesweit die kleinsten Klassenfrequenzen in den Grund- und Stadtteilschulen. Nirgendwo ist die Relation zwischen der Anzahl der Schüler*innen und der Anzahl der Lehrkräfte so gut wie in Hamburg. Wir haben auf die prekären Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Nachwuchses an Hamburger Hochschulen aufmerksam gemacht und uns mit der Forderung nach einem Code of Conduct durchgesetzt. Jetzt bringen wir die Umsetzung dieses Verhaltenskodex für faire Arbeit an den Hamburger Hochschulen, gemeinsam mit den Hochschulen, Personalräten und Gewerkschaften weiter voran. Ebenso haben wir erreicht, dass in Hamburgs Kitas deutlich mehr Erzieher*innen arbeiten. Damit verbessern wir den Betreuungsschlüssel, was wiederum zu einer Arbeitsentlastung bei den Erzieher*innen führt.

Ein Blick auf die Zahlen und Maßnahmen lohnt: Spätestens mit dem PISA-Schock hat Hamburg in unterschiedlichsten Kombinationen unter grünen, roten und schwarzen Regierungen massiv in sein Bildungssystem investiert. In zehn Jahren (2005-14) sind die Ausgaben für Kita und Schule von 2,2 Mrd. Euro auf 3,2 Mrd. Euro gestiegen. Kein Bundesland gibt heute sowohl pro Schüler*in (8500€/Jahr in 2014) als auch pro Einwohner*in (950€/Jahr) so viel Geld für Bildung aus wie unsere Hansestadt. Das Geld geht in der frühkindlichen Bildung in den Ausbau der Kita-Plätze, die Gebührenfreiheit (bis 5 Stunden), frühere und längere Kitabesuche und bessere Betreuungsschlüssel. In den Schulen sind die Klassen verkleinert, die Inklusion eingeführt und die Förderung ausgeweitet sowie die Ganztagsbetreuung ausgebaut worden.

Der Strukturwandel Hamburgs zu einer Stadt des Wissens und des Transfers von Ideen und Technologien ist eingeleitet. Wissenschaftspolitik ist mittlerweile ein etablierter Schwerpunkt Hamburger Regierungspolitik. Nach Jahren des Spardiktats wird in die Wissenschafts- und Hochschullandschaft erst seit der GRÜNEN Regierungsbeteiligung 2015 wieder mehr investiert. So wurden erhebliche zusätzliche Mittel über die im Koalitionsvertrag vereinbarten 40 Millionen Euro hinaus investiert, bspw. in den Auf- und

Ausbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, wie Fraunhofer und Leibniz und hochschulübergreifende Digitalisierungsprojekte. Es gibt außerdem erhebliche Mittel für Projekte wie die Reform der Lehrerbildung, eine Erhöhung der Grundfinanzierung sowie zusätzliche Mittel für die Akademisierung der Gesundheitsberufe. Wir haben eine deutliche Abkehr vom Sparkurs der letzten Legislatur erreicht! Die künftige Finanzierung der staatlichen Hamburgischen Hochschulen wird – nach Abschluss der Neuordnung der gesamten Bund-Länder-Finanzierung im Hochschulbereich im Jahr 2019 – eine Steigerungsrate deutlich über der laufenden Hochschulvereinbarung haben. Wir wollen zudem, dass künftig mehr Geld für studentische Initiativen und Ideen an den Hochschulen zur Verfügung steht. Die Universität Hamburg hat erfolgreich Mittel für vier Cluster im Rahmen der Exzellenzstrategie der Bundesregierung eingeworben. Das ist eine beeindruckende Leistung, über die wir uns sehr freuen und die wir landespolitisch unterstützt haben. Es ist wichtig, dass Bund und Länder dauerhaft in beste Studien-, Lehr- und Arbeitsbedingungen an Hochschulen investieren (z.B. auch mit der Verstetigung des Hochschulpakts bei jährlicher Steigerung um 3%). Wir denken, dass dies eine sehr wichtige Voraussetzung dafür ist, auch weiterhin und auf möglichst breiter Basis Spitzenleistungen in der Forschung möglich zu machen. Generell finden wir Breitenförderung wichtig zur Sicherstellung der materiellen Grundlagen einer vielfältigen, lebendigen, demokratischen und gerechten Bildungsinfrastruktur für alle. Exzellenz verstehen wir als Bestandteil und wichtige Triebfeder des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts. Das kann zur Begeisterung des Nachwuchses und der breiten Öffentlichkeit für die Wissenschaft beitragen.

Außerdem erfordern das Wachstum der Stadt und die steigende Geburtenraten auch den Ausbau von Kitas, Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit. Langfristig wollen wir also deutlich mehr in die Zukunft eines ganzheitlichen Bildungssystems (von frühkindlicher Bildung über Schule und Hochschule bis Weiterbildung) investieren. Sprich, in dem Mittelpunkt der Debatte und des politischen Handelns steht für uns die Frage: Wie geben wir jeden Euro am besten im Sinne aller Menschen aus? Dabei ist uns auch eine (geschlechter)gerechte Verteilung und Verwendung der Gelder (Gender-Budgeting) wichtig. Langfristig steht für uns fest, dass lebenslange Chancengerechtigkeit bedeutet, dass Bildung kostenfrei werden muss. Das bedeutet, dass von Büchern und Materialkosten, über Studiengebühren bis hin zu Essen Bildung kostenfrei sein muss, dass Bafög ohne starre Begrenzung auf die Regelstudienzeit eingeführt wird und dies durch entsprechende Steuerpolitik refinanziert wird.

Mit Blick auf unsere Zukunftsfähigkeit als lebenswerte Gemeinschaft und Wissensmetropole könnten wir unser Geld gar nicht besser investieren, als in die Bildung von heute und die klugen Köpfe von morgen. Dabei stehen wir vor zwei zentralen Herausforderungen: Erstens fehlen uns teilweise die Fachkräfte, um beispielsweise die besseren Betreuungsverhältnisse in den Kitas oder den Schulen umzusetzen. Deshalb muss eine Bildungsinitiative ergriffen und die Attraktivität der pädagogischen Berufe gesteigert werden. Zweitens liegt im Ausbau oft noch der Fokus auf Masse und zu wenig auf Klasse. Wir brauchen beides. Gerade in der frühkindlichen Bildung werden wir noch mehr Geld in die Qualität stecken. Denn nur dann werden wir einem unserer wichtigsten Ziele, der Bildungsgerechtigkeit, näher kommen.

... und doch dürfen wir nicht nachlassen, wenn es um hohe Qualität und gute Ausstattung geht:

Zu guten Arbeitsbedingungen gehört auch eine gute Ausstattung der Arbeitsplätze. Hier gibt es große Unterschiede, nicht nur bei der qualitativ höchst ungleichen technischen und räumlichen Ausstattung von Bildungseinrichtungen. Während es beispielsweise in Schulen selbstverständlich ist, dass Lehrkräfte ihren Unterricht vor- und nachbereiten müssen und dafür bezahlte Arbeitszeit zur Verfügung gestellt bekommen, wird in der frühkindlichen Bildung oder der Jugendarbeit noch um diese mittelbare Pädagogik gerungen; ähnlich ist es bei Lehraufträgen an Hochschulen. Und auch bei einigen privaten Weiterbildungsträgern werden faktisch kaum Planungszeiten mitgezahlt, nicht zuletzt auch, weil der Staat bei Ausschreibungen durch die Vergabe an den Preiswertesten schlechte Qualität und prekäre Arbeitsbedingungen billigend in Kauf nimmt.

Wir GRÜNE fordern, dass die Bildungs- und Erziehungsarbeit, die in allen Phasen des Lebens gleichwertig sein sollte, auch gerechter bezahlt wird. Obwohl die Arbeit mit den Kleinsten nachweislich für den späteren Lebensweg und Bildungserfolg die größte Bedeutung aller Bildungsphasen hat, werden hier die schlechtesten Gehälter gezahlt. In verschiedenen Schulformen werden unterschiedliche Gehälter gezahlt. Jungwissenschaftler*innen an Hochschulen sind oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen einem enormen Leistungsdruck ausgesetzt, studentische Mitarbeiter*innen werden schlecht bezahlt und kurz befristet, wohingegen Professuren am Ende der Hochschullaufbahn Sicherheit, gute Bezahlung und Reputation bieten. In der Erwachsenenbildung liegen bei den Gehältern und Arbeitsbedingungen zwischen den verschiedenen Trägern der Angebote große Unterschiede.

Die Qualifizierung des Personals, ein Schlüssel für den Bildungserfolg, ist nach wie vor nicht systematisch genug. Unsere Volkswirtschaft leistet es sich nach wie vor, pädagogische Fachkräfte zwar auszubilden, sie investiert dann aber nur wenig in die systematische Personalentwicklung.

Und das haben wir konkret vor:

- Wir werden eine breit angelegte Bildungsinitiative auflegen und die Attraktivität pädagogischer Berufe steigern, etwa durch Werbekampagnen, vor allem aber durch bessere Arbeitsbedingungen.
- Wir wollen in den **Kitas** auch in den nächsten Jahren die frühkindliche Bildung stärken. Dazu treiben wir die kontinuierliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Hamburg weiter voran.
- Um dem **Fachkräftemangel in Kitas** zu begegnen, soll Hamburg die Ausbildung der Erzieher*innen reformieren. Ziel eines Reformprozesses ist, die Ausbildung durch eine Vergütung attraktiver zu machen. Dies wäre zum einen über die Dualisierung der Ausbildung möglich, oder im Rahmen einer praxisintegrierten Erzieher*innenausbildung, wie sie beispielsweise Baden-Württemberg seit 2012 hat. In den Reformprozess werden wir Kita-Träger und Ausbildungsstätten mit einbeziehen.
- Wir möchten die **Kita-Qualität** steigern, indem wir die Mindestpersonalausstattung über einen rechtsverbindlichen Fachkraft-Kind-Schlüssel zur Förderung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen sichern. Wir begrüßen, dass der Bund sich im

Rahmen des „Gute Kita Gesetzes“ künftig auch an der Finanzierung der Kita-Qualität beteiligen will.

- Wir möchten die Fachkraft-Kind-Relation neu definieren und langfristig den Einstieg in zusätzliche Verfügungszeiten für die **mittelbaren pädagogischen Tätigkeiten** wie z.B. Elterngespräche, Vor- und Nachbereitung, sowie für Ausfallzeiten und Weiterbildung machen.
- Für einen guten und frühen Einstieg für Eltern und Kinder ins Kitaumfeld weiteten wir die kostenlosen Eltern-Kind-Zentren weiter aus, da diese im Sozialraum gut vernetzt sind und so durch sozialpädagogisch qualifizierte Fachkräfte die Familien zur Selbsthilfe anregen und motivieren können, bestehende Beratungsangebote zu nutzen.
- Wir wollen ein Förderprogramm für Bildungshäuser, also Lernorte, an denen die Kita und die Grundschule miteinander verschmolzen sind. Hier können Kinder über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren mit multiprofessionellen Teams begleitet und in ihrer Entwicklung unterstützt werden. Damit gelingen die Übergänge zwischen Krippe, Kita und Grundschule fließend. Frühe vermeidbare Brüche in der Biografie werden so verhindert.
- Das Kitagutscheinsystem sollte sich nicht nur nach den Arbeitsbedürfnissen der Eltern und den pädagogischen Tagesgeschehen in den Kitas richten, sondern auch nach den pädagogischen Bedürfnissen der Kinder.
- Für die Schulen werden wir die **Personalentwicklung professionalisieren**, indem die Schulbehörde eine Personalentwicklungsstrategie entwickelt, die die kontinuierliche Begleitung und Förderung jeder Lehrkraft durch Jahresgespräche, gegenseitige Unterrichtshospitationen durch die Schulleitung sowie von Kolleg*innen sowie Teamzeiten, Lehrerarbeitsplätze in den Schulen und eine angemessene digitale Ausstattung umfasst. Lehrerarbeitsplätze in den Schulen und eine angemessene digitale Ausstattung umfasst.
- Damit sich Schulleitungen wieder voll ihrer Kernaufgabe, der Unterrichtsentwicklung, widmen können, entlasten wir sie von Verwaltung. In dem Zuge etablieren wir Verwaltungsleitungen in den Schulen und bauen das **mittlere Management** an den Schulen aus.
- Wir wollen eine Kommission gründen, die den Ursachen für den Mangel an Schulleitungsnachwuchs nachgeht und Vorschläge unterbreitet, wie wir **Schulleitung attraktiver** machen können. Hierbei sollen insbesondere die strukturellen Rahmenbedingungen beleuchtet werden.
- Wir wollen eine Kommission zur Überprüfung und ggfs. zur Überarbeitung des **Lehrerarbeitszeitmodells** einsetzen.
- Wir möchten, dass Lehrkräfte in den **Grundschulen langfristig die gleiche Gehaltsstufe erhalten**, wie ihre Kolleg*innen in Gymnasien und Stadtteilschulen (A13).
- Wir machen **Teams stark**, denn Multiprofessionalität und Teamarbeit sind die Schlüssel zu Professionalität, Qualität und Gesundheit.
- Für studentische Beschäftigte in Hochschulen wollen wir ermöglichen, dass einheitliche Verträge über eine längere Vertragslaufzeit oder auch bis zum Abschluss des Studiums möglich sind. Wir plädieren für einen einheitlichen Tarifvertrag wie beispielsweise TV-L. Außerdem soll Transparenz bei den verfügbaren Positionen hergestellt werden.

- Wir setzen uns dafür ein, für studentische Beschäftigte eine eigene **Personalvertretung** im Personalrat zu schaffen.
- Wir wollen an den Hochschulen einen **weiteren Laufbahnweg** durch die Schaffung unbefristeter Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen ermöglichen. Es soll hierbei ausdrücklich möglich sein sich aus diesem Laufbahnweg heraus für eine Professur oder Habilitation zu qualifizieren.
- In der staatlich geförderten Weiterbildung möchten wir zukünftig nicht mehr alleine an den günstigsten Anbieter Bildungsangebote vergeben, sondern diese an abgestimmte Qualitätsstandard knüpfen. Denn ohne gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten erreichen wir auch keine gute Qualität der Angebote.